

Umlaufbeschluss der Europaministerkonferenz vom 6. September 2012

Situation der Europe Direct Informationszentren

Berichterstatter: Hamburg, Nordrhein-Westfalen

1. Die Europaministerinnen, Europaminister und –senatoren nehmen den Berichtsentwurf der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Nordrhein-Westfalen zur Kenntnis.
2. Sie nehmen weiterhin zur Kenntnis, dass die Europäische Kommission am 25. Juni 2012 die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Auswahl der Trägereinrichtungen des Europe Direct-Netzes im Zeitraum 2013 bis 2017 veröffentlicht hat¹. Anknüpfend an ihren Beschluss vom 3. Februar 2012, dessen Forderungen auch der Ausschuss der Regionen mit seiner Entschließung vom 18. April 2012 ausdrücklich unterstützt, betonen sie erneut, dass die Europe Direct Informationszentren ein wichtiges Instrument der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit sind, um dem erhöhten Informationsbedarf der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.
3. Sie erkennen an, dass die Europäische Kommission im Sinne der Forderungen der Länder beschlossen hat, auf finanzielle Kürzungen in diesem wichtigen Bereich zu verzichten. Sie begrüßen die Flexibilisierung im Bereich der Kofinanzierung sowie die Erhöhung des maximalen Pauschalbetrages für das Grundinformationsangebot von bisher € 12.000 auf nunmehr € 14.000 als einen Schritt in die richtige Richtung. Allerdings ist es bedauerlich, dass es nicht zu den gewünschten Vereinfachungen bei den Berichtspflichten gekommen ist.
4. Die Europaministerinnen, Europaminister und –senatoren halten es für problematisch, dass - anders als von ihnen in ihrem Beschluss vom 3. Februar 2012 gefordert - mit diesen Verbesserungen keine Erhöhung des Förderhöchstbetrages einher geht. Sie erinnern in diesem Zusammenhang daran, dass der Förderhöchstbetrag pro Zentrum zu Anfang € 50.000 betragen hatte. Angesichts immer knapper werdender Mittel bei freien Trägern und zu konsolidierender Haushalte bei öffentlichen Trägern werden diese nicht mehr in der Lage sein, die finanzielle Hauptlast zu tragen.
5. Die Europaministerinnen, Europaminister und -senatoren bitten die Kommission daher, mittelfristig den Förderhöchstbetrag wieder auf die in früheren Jahren vorgegebene Höhe von 50.000 Euro anzuheben.
6. Aufgrund der Vertrauenskrise der Europäischen Union und der zunehmenden Verunsicherung der europäischen Bevölkerung im Hinblick auf das europäische Projekt halten die Europaministerinnen, Europaminister und –senatoren eine Kommunikationsoffensive für unabdingbar. Dafür sind die Europe Direct Informationszentren in besonderer Weise geeignet. Für die Förderperiode von 2013 bis

¹ Beschluss der Europäischen Kommission über die vorgezogene Annahme des Jahresarbeitsprogramms im Bereich Kommunikation für 2013 im Hinblick auf Finanzhilfen zur Finanzierung der Trägereinrichtungen für Europe Direct-Informationszentren in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Zeitraum 2013 bis 2017

2017 sollten daher deutlich mehr Mittel als derzeit vorgesehen zur Verfügung gestellt werden.

7. Die Europaministerinnen, Europaminister und –senatoren fordern die Kommission daher auf, zunächst für den Zeitraum von 2013 bis 2017 die Förderung um ein Pilotprogramm für die Europe Direct Informationszentren zu ergänzen, aus dem jedes Europe Direct Informationszentrum jährlich bis zu € 12.000 zusätzlich für bürgernahe und breitenwirksame Angebote zur Förderung des Europagedankens auf lokaler und regionaler Ebene beantragen kann. Dies scheint gerade zum jetzigen Zeitpunkt umso mehr erforderlich, als das Jahr 2013 zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger ausgerufen wurde, und im Jahr 2014 die nächste Europawahl stattfinden wird.
8. In der Vertrauenskrise liegt auch die Chance zu einer echten öffentlichen Debatte über die Zukunft der Europäischen Union. Um diese Chance nutzen zu können, ist es jedoch zunächst erforderlich, persönliche Bindungen der Bürgerinnen und Bürger an Europa neu aufzubauen und zu stärken und dabei Gefühle von Zugehörigkeit und Teilhabe zu vermitteln. Bürgernahe Kommunikation, die sich an den Informationsbedürfnissen aller Bevölkerungsgruppen orientiert und am alltäglichen Leben und Erleben der Menschen anknüpft, spielt hierfür eine entscheidende Rolle. Für diese Art der Vermittlung sind die Europe-Direct-Informationszentren infolge ihrer lokalen Anbindung, ihrer Kenntnis der lokalen und regionalen Themen mit Europabezug und ihrer Vernetzung mit der örtlichen Zivilgesellschaft in besonderem Maße prädestiniert.
9. Das Pilotprogramm für die Europe Direct Informationszentren bietet aus diesem Grund auch einen erheblichen Mehrwert, der durch bereits existierende Förderprogramme nicht erreicht werden kann. Als Pilotprogramm kann diese Initiative rechtzeitig vor Beginn der neuen Förderperiode der Europe-Direct-Informationszentren realisiert werden, da nach Art. 49 Abs. 6 Buchstabe a der EU-Haushaltsordnung hierfür ein Basisrechtsakt entbehrlich ist.
10. Die Europaministerinnen, Europaminister und –senatoren appellieren an die Bundesregierung, die Mitglieder des Europaausschusses des Deutschen Bundestages, das Europäische Parlament und den Ausschuss der Regionen, im Sinne einer Verbesserung der Fördermöglichkeiten und Aufstockung der Fördermittel für die Europe Direct Informationszentren auf die Europäische Kommission einzuwirken.
11. Der EMK-Vorsitz wird gebeten, diesen Beschluss dem MPK-Vorsitz, der Bundesregierung, den Mitgliedern des Europaausschusses des Deutschen Bundestages, dem Europäischen Parlament und dem Ausschuss der Regionen sowie der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Frau Viviane Reding, zu übermitteln.
